

# Ethnische Segregation und interkulturelle Stadtentwicklung im Ruhrgebiet

Gebiet und Identität

Naturraum

Bevölkerung

Siedlung

Wirtschaft und Verkehr

Bildung und Kultur

Gesellschaft und Politik

## Ethnische Segregation und ihre Ursachen

In vielen Städten und Gemeinden in Westfalen ist die Wohnbevölkerung einzelner Stadtgebiete in Bezug auf soziale Schicht, Ethnizität und Demographie sehr ungleich verteilt. Die Stadtforschung spricht hier von sozialer, demographischer und ethnischer Segregation. Segregation im Allgemeinen bezeichnet die „räumliche Konzentration der Bevölkerung mit bestimmten Merkmalen in bestimmten Teilen der Stadt“ (STROHMEIER 2006, S. 13). Dabei wird unter sozialer Segregation u. a. die „räumliche Trennung von Arm und Reich“ (ebd.) verstanden, gemessen beispielsweise an Arbeitslosenquote, Einkommen und Bildungschancen. Die demographische Segregation wird z. B. durch Kinderzahl und Altersstruktur einer Wohnbevölkerung festgestellt. Die dritte Art der Segregation – ethnische Segregation – wird erkennbar an bestimmten Anteilen ausländischer Bevölkerung bzw. Herkunftssprachen oder ethnischer Zugehörigkeit. Die drei Faktoren sind häufig miteinander verknüpft. So leben in Stadtbezirken mit vielen Einwanderern auch oft die meisten Kinder und die sozial am schlechtesten Gestellten.

Ethnische Segregation ist vor allem ein städtisches Problem. Meist sind es ältere innerstädtische Bezirke oder ehemalige Arbeiterviertel und am Stadtrand gelegene Viertel des sozialen Wohnungsbaus, die überdurchschnittliche Ausländeranteile und vermehrt Bewohner unterer sozialer Schichten aufweisen. Aufgrund verminderter Fluktuation ist in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Segregation häufig weniger ausgeprägt. Bei schrumpfender Bevölkerung, wie in den meisten Städten Westfalens und vor allem des Ruhrgebiets, ist der Wohnungswechsel leichter und die Ärmsten verbleiben meist in ihren Wohnquartieren. „Segregation ist das (ungeplante) kollektive Ergebnis individueller Wohnstandortwahlen“ (STROHMEIER 2006, S. 18), wobei auf dem Markt vor allem die Wohnungsqualität und die Wohnlage bedeutende Faktoren sind. Ebenfalls können diskriminierende Vermietpraktiken, aber auch

Identifikation mit bestimmten Gruppen eine Rolle spielen. Letzteres gilt gleichermaßen für Migranten, die Nähe zu Landsleuten suchen, als auch für obere Schichten, die eine entsprechende Nachbarschaft wünschen. „Ethnische Segregation erscheint immer als Effekt von freiwilligen und unfreiwilligen Entscheidungen, eine differenzierte Betrachtung ist deshalb notwendig“ (STROHMEIER 2006, S. 19; BAMF 2008).

## Handlungsmöglichkeiten

Eine ausgeglichene Mischung der städtischen Wohnbevölkerung anzustreben wäre unrealistisch und kaum politisch umsetzbar, denn ein mehr oder weniger freier Wohnungsmarkt sorgt für eine selektive Wohnstandortwahl von Personen und daher für Entmischung. Die meisten politischen Konzepte in Deutschland sind daher nicht auf eine Mischung der Viertel, sondern eher auf die Verhinderung weiterer Segregation und vor allem auf die Aufwertung benachteiligter, segregierter Wohnquartiere ausgerichtet. Die sozialen Folgen der Segregation sollen gemindert werden. Dafür ist es wichtig, stadtentwicklungsplanerisch auch aus der Perspektive der Bewohner zu denken bzw. deren Bedürfnisse mit einzubeziehen, um effektiv positiven Einfluss auf die Wohnqualität der Bewohner entsprechender Viertel zu nehmen.

## Strukturwandel und ethnische Segregation im nördlichen Ruhrgebiet

Der strukturelle Wandel im Ruhrgebiet hat in den Städten zu einigen negativen ökonomischen und auch demographischen Effekten geführt. So sind in den letzten Jahren ein deutlicher Bevölkerungsrückgang, ein Anstieg der Arbeitslosenquote und eine durchschnittlich immer ältere Bevölkerung zu verzeichnen. Gerade mobile, gut ausgebildete Personen wandern verstärkt aus der Region ab. Mit den genannten Veränderungen verstärkte sich auch die ethnische Segregation in den Städten. Insgesamt ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in der Region stark angestiegen. Betrug er Anfang der 1990er Jahre noch 10% so wird er für 2010 auf bereits rund 40% geschätzt.

Besonders hohe, teilweise weit überdurchschnittliche Anteile dieser Bevölkerungsgruppe, gibt es heute vor allem in zentrumsnahen, altindustriell geprägten Wohngebieten, die früher meist in der Nähe der Arbeitsplätze der ersten Generation der sog. „Gastarbeiter“ lagen. Die sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen sind meist in den Quartieren verblieben, während andere abwandern konnten. Heute sind diese Stadtteile daher meist durch „besonders hohe Arbeitslosenquoten, Defizite im Wohnumfeld und brachliegende Flächen geprägt“ (PINIEK et al. 2008, S. 268). Beispielhaft sollen hier ein paar Daten zur ethnischen Segregation in Gelsenkirchen genannt werden, die den Daten anderer Ruhrgebietsstädte ähnlich sind: Der Ausländeranteil der gesamten Stadt betrug 2008 ca. 13,4%, wobei von diesem Teil der Einwohner knapp 55% Türken sind, die mit Abstand die größte Gruppe der Nichtdeutschen bilden. In manchen innerstädtischen Stadtteilen Gelsenkirchens (z. B. Altstadt, Schalke, Bulmke-Hüllen) beträgt der Ausländeranteil ca. 20%, in der Neustadt sogar 25% (Stadt Gelsenkirchen 2009). Der jeweilige Teil der Bevölkerung mit deutschem Pass, aber z. B. türkischem Migrationshintergrund dürfte noch weit höher liegen, vor allem auch seit der Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000.

## Beispiel für interkulturelle Stadtentwicklungsplanung: urbane Brachflächen und ihre Aneignung durch die Bewohner

Ein für die Stadtentwicklungsplanung interessanter Aspekt sind auch die durch den Strukturwandel in der Region entstandenen Freiflächen. Einige erfolgreiche Umnutzungen sind bereits durch die im Rahmen der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park (1989–1999) entstandenen Radwanderwege und Industriegelände, die sich z. B. auf stillgelegten Bahntrassen und Industriegeländen befinden (Abb. 1). Die große Anzahl an Industriebrachen übersteigt aber dennoch bei weitem die Flächen nachfrage, weshalb die Flächen meist nicht oder nur teilweise ökonomisch in Wert gesetzt werden. Somit bieten sie

## Ethnische Segregation

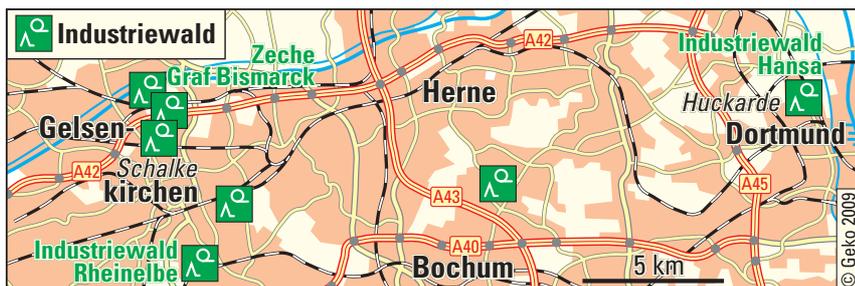


Abb. 1: Industriewälder im Ruhrgebiet (Quelle: Otto 2008, verändert)



Abb. 2: Industriewald Hansa (Quelle: <http://www.wald-und-holz.nrw.de>)

u. a. das Potenzial, zumindest zwischenzeitlich für die Anwohner als gestaltete parkähnliche Freiflächen oder Stadtnatur zur Verfügung zu stehen. Beobachtungen und Befragungen der Bewohner ergaben allerdings, dass manche Flächen, obwohl sie schon offiziell als „postindustrielle Stadtnatur“ freigegeben sind, kaum genutzt werden. Eine neuere Studie sollte daher herausfinden, warum die Nutzung der Flächen durch die in angrenzenden Quartieren lebende Bevölkerung mit meist mehrheitlich türkischem Migrationshintergrund so gering ist. Speziell versuchte man durch eine sozial- und wahrnehmungsgeographische Analyse zu beantworten, ob die geringe Aneignung der Flächen auf mangelnde Akzeptanz dieser als Orte der Naherholung zurückzuführen ist und welchen Einfluss mögliche kulturspezifische Vorstellungen und Wahrnehmungen von Stadtnatur und Industriewäldern haben könnten. Ausgangspunkt der Untersuchung waren also die Akteure selbst und nicht die physisch-materiellen Strukturen des Raumes. Unter Aneignung wird in diesem Zusammen-

hang nicht nur die Nutzung, sondern auch die Einbeziehung des Raumes als Teil der lokalen Identität eines Handelnden verstanden (PINIEK et al. 2008, S. 274). Das im Projekt angewendete Konzept des „Place-making“ beinhaltet den „kollektiven Prozess der Raumgestaltung, mit dem Ziel, die Raumnutzungs- und Lebensqualität [eines Raumes] zu verbessern und sich den Raum sozio-emotional anzueignen“ (nach PINIEK et al. 2008, S. 274). Innerhalb der Studie wurden quantitative Befragungen der Bewohner mit türkischem Hintergrund, qualitative Befragungen einiger Experten (u. a. aus Migrantenselbstorganisationen, Planungsämtern oder dem Stadtteilmanagement) durchgeführt. Sie schloss ab mit einigen Workshops, in denen die Ergebnisse von Experten und interessierten Anwohnern diskutiert und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen formuliert wurden. Es zeigte sich großes Interesse an einer Partizipation der Bewohner am Entwicklungsprozess bzw. an der Mitgestaltung ihres Wohnumfeldes. Fehlende Information über den Status der Flächen und diesbezügliche Unsicherheiten über Nutzungsrechte oder Gefahren waren meist der Grund für die geringe Nutzung. Zudem bestand der Wunsch nach mehr gestalterischen Elementen, wie z. B. Wasserspender, Sitzgelegenheiten, mehr Sauberkeit und mehr Spielmöglichkeiten für Kinder.

Die bei der beschriebenen Studie relevanten Flächen haben alle einen unterschiedlichen Entwicklungsstand. Der Industriewald Rheinellbe ist seit 70 Jahren bereits freigegeben und bei der Bevölkerung als Freizeitraum gut etabliert. Die Zeche Graf Bismarck wird hingegen eher als ungepflegte Industriebrache wahrgenommen und daher kaum genutzt. Da es in der Umgebung allerdings nur wenig Stadtnatur gibt, ist der Wunsch nach einer Umgestaltung der Flächen zu einer städtischen Parkanlage groß. Der Industriewald Hansa (Abb. 2) ist der jüngste Entwicklungsbereich der drei Untersuchungsräume. Das Gebiet ist in den letzten Jahren durch seine neue Bedeutung als Ort des Denkmals relativ gut bei der Bevölkerung integriert worden. Viele Bewohner mit türkischem Migrationshintergrund, die früher selbst auf der Kokerei gearbeitet haben, berichten heute bei Führungen für interessierte Touristen von früheren Zeiten.

### Ergebnisse und Ausblick

Da eine ökonomische Nutzung der vielen Brachflächen im Ruhrgebiet zurzeit kaum gegeben ist, können und sollten die Bewohner im Umfeld davon profitieren. Das Place-making-Konzept hat sich als sinnvoll dafür erwiesen und führt durch die kreative Beteiligung der Bewohner zur aktiven Aneignung der Flächen. Sie werden zu alltäglichen Handlungs- und Erholungsräumen der Bevölkerung und können somit zur Aufwertung der Lebensqualität in der Region beitragen. Wichtig sind dabei die Aktivierung und Begleitung des Prozesses durch externe Moderatoren und zivilgesellschaftliche Schlüsselakteure. Zur Finanzierung sinnvoll erscheinen Stiftungen, da weder die Nutzer, noch die Kommunen die Kosten alleine tragen können. In der Projektform kann interdisziplinär gearbeitet werden, und es können die Aspekte Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kultur verknüpft werden, um die heterogenen Bedürfnisse der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund zu berücksichtigen (PINIEK et al. 2008, S. 281 – 282).

SASKIA SIEBEN